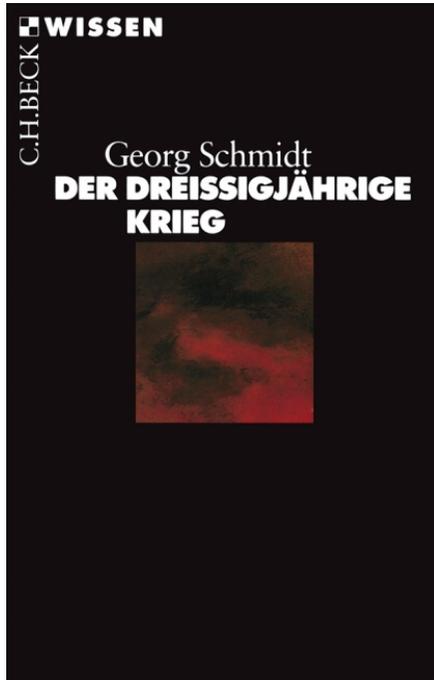


Unverkäufliche Leseprobe



Georg Schmidt
Der Dreissigjährige Krieg

124 Seiten, Paperback
ISBN: 978-3-406-49034-7

Wo Freyheit ist und Recht, da ist das Vaterland,
Dis ist uns aber nun und wir ihm unbekannt
Daniel von Czepko, 1632

Originaldokumente
© Verlag C. H. Beck

I. Einleitung

Der Anfang war kein „deutscher Krieg“ und das Ende kein „nationales Unglück“. Die dreißig Jahre dazwischen haben Deutschland und die Deutschen dennoch kräftig in Atem gehalten, millionenfachen Tod, Verwüstung und Barbarei über Mitteleuropa gebracht und die politischen Verhältnisse gehörig durcheinandergewirbelt. Doch die scheinbar so tiefgreifenden Veränderungen erwiesen sich als wenig beständig: Der Westfälische Frieden restaurierte 1648 die verfassungspolitischen Verhältnisse, wie sie sich in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts eingependelt hatten. Behutsame Korrekturen sorgten dafür, daß das System „Kaiser und Reich“ auch im „vergrößerten“ Deutschland funktionsfähig blieb. Erst mit dem Krieg und durch den Frieden war die Integration des niederdeutschen Raumes in das „oberdeutsche“ Reich abgeschlossen und unumkehrbar geworden. Erst jetzt bildete der gesamte Raum zwischen den Alpen und den Küsten von Nord- und Ostsee ein gemeinsames politisches System – kein Staat im klassischen Sinne, aber ein Territorien, Herrschaften und Kommunen überröhlender Verbund, der die unbedingt erforderlichen „gesamtstaatlichen“ Aufgaben (Außenverteidigung, Rechts- und Friedenswahrung) insgesamt recht ordentlich bewältigt hat. Die 1648 eingeführte Parität in konfessionspolitischen Fragen sowie das in Richtung auf Toleranz und individuelle Gewissensfreiheit verschobene Staatskirchenrecht haben dabei viel von dem Konfliktpotential entschärft, das den Krieg verursacht und immer wieder neu entfacht hatte.

Damit ist eine Perspektive dieses Bändchens genannt: die Verknüpfung von Ursachen, Abläufen und Wirkungen im Horizont der deutschen Staatlichkeit. Aufgabe des Historikers ist es, einzelne Handlungsstränge aus der Totalität des Vergangenen so

miteinander zu verbinden, daß bestimmte Merkmale und Prozesse erkenn- und erfahrbar werden. Als sinnstiftende Ordnungsmuster für den Dreißigjährigen Krieg gelten: „Konflikt zweier Machtblöcke“, „Staatsbildungskrieg“, „Kampf um ständische oder absolutistische Herrschaft“, „Konfessionskrieg“. Sie verweisen auf Probleme, die in Deutschland wie beinahe überall in Europa zur offenen Austragung drängten. Sie schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern ergänzen sich und helfen, das Geschehen in langfristigen Entwicklungsprozessen zu verorten.

Eine Antwort auf die bekannt banale Frage nach der Dauer des Dreißigjährigen Krieges ergibt sich nämlich keineswegs von selbst. Eine logisch zwingende Einheit bilden die Ereignisse und Entwicklungen zwischen dem Prager Fenstersturz 1618 und dem Westfälischen Frieden 1648 nicht. Dieser Zeitraum zerfällt in mindestens 13 Kriege und 10 Friedensschlüsse. Die gegnerischen Mächte oder Mächtegruppen veränderten sich in diesen Jahren ebenso wie ihre Ziele. Zum „Dreißigjährigen Krieg“ sind die verwirrend unübersichtlichen und disparaten Handlungsstränge erst durch gedankliche Verknüpfungen zeitgenössischer Beobachter und analysierender Historiker geworden.

Neben der Reformationszeit gehört dieser Krieg zu den am häufigsten behandelten Epochen der älteren deutschen Geschichte. Erinnert sei nur an die großartigen Arbeiten Friedrich Schillers, Moriz Ritters oder C.V. Wedgwoods sowie an die vielen neueren Synthesen – beispielsweise von Steinberg, Polišenský, Langer, Parker mit seinen Koautoren, Barudio, Schormann, Burkhardt oder Asch. Von den zahllosen Veröffentlichungen des Jubiläumsjahres 1998 seien hier nur der dreibändige Ausstellungskatalog und der von Duchhardt herausgegebene Sammelband zum Westfälischen Frieden genannt. Hinzu kommen zahlreiche Quelleneditionen, eine unübersehbare Fülle von Einzelstudien und Sammelbänden sowie die vielen Gesamtdarstellungen zur deutschen und europäischen Geschichte.

Gekämpft wurde im 17. Jahrhundert nicht nur in Deutschland: Die Neuformierung der alteuropäischen Gesellschaft und

ihres Staatensystems verlief auch andernorts alles andere als konfliktfrei. Die frühneuzeitlichen Staatsbildungsprozesse mit ihrer Tendenz zur Formierung und Disziplinierung führten zu zahllosen Anpassungskonflikten. Angelsächsische Historiker haben dafür den Begriff der „allgemeinen Krise des 17. Jahrhunderts“ geprägt. Sie erinnerten an den englischen Bürgerkrieg, die großen Volksaufstände in Frankreich, den niederländischen Staatsstreich, die Revolten in Katalonien, Andalusien, Portugal und in Neapel sowie an den tiefen Einschnitt des „deutschen“ Kriegs. Schon die Zeitgenossen haben diese Ereignisse parallelisiert und nach den tieferen Ursachen ihres Zusammentreffens gefragt. Sie fanden Antworten in der Bedrohung durch uralte teuflische Mächte, im zürnenden und strafenden Gott und in Hinweisen auf das kurz bevorstehende Jüngste Gericht. Die in den letzten Jahren aufgeblühte Mentalitätsforschung konnte nachweisen, wie sehr diese Ängste das Denken und Handeln der Menschen bestimmt haben.

Im Mittelpunkt der „Krisendiskussion“ stehen jedoch ökonomische und politische Erklärungsmuster. Marxistische Historiker sehen in der Krise Begleiterscheinungen des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus. Ihre nichtmarxistischen Kollegen bestreiten zwar keineswegs die wirtschaftlichen Hintergründe der Krise, machen dafür aber die unkontinuierliche Preisentwicklung oder die „kleine Eiszeit“ verantwortlich – eine Periode spürbar niedriger Temperaturen seit etwa 1570, mit geringeren Ernteerträgen und latenten Hungerkrisen.

Der englische Historiker Trevor-Roper hat schon 1959 alle Konflikte auf Auseinandersetzungen um die künftige Gestalt des „Staates“ zurückgeführt: Eine um den Hof und die Zentralgewalt zentrierte Gruppe kämpfte gegen eine ständisch ausgerichtete, föderative Gruppierung. Während erstere den zentral regierten, starken Staat wünsche, wolle letztere möglichst viele Rechte bei den lokalen Gewalten belassen.

Neuere Forschungen haben allerdings gezeigt, daß sich schon in den 1560er und in den 1590er Jahren die Revolten häuften, und die ökonomische Krise die verschiedenen Teile Europas zu ganz unterschiedlichen Zeiten ergriff. Diese Differenzierungen

hat Brenner 1976 dahingehend zusammengefaßt, daß Klassenkonflikte zwischen Grundherren und Bauern überall die Krise prägen, ihr Ausgang aber von der jeweiligen Stärke dieser beiden Gruppen abhängt und so zur Refeudalisierung in Osteuropa, zu klein- und mittelbäuerlichen Strukturen in Frankreich und zu einer großbetrieblich ausgerichteten, kommerzialisierten Landwirtschaft in England geführt habe.

All diese Erklärungsmuster verweisen jedoch nur am Rande auf Deutschland. Der große Krieg stellte hier seit eh und je ein Raster zur Ordnung des 17. Jahrhunderts bereit. Angesichts der gewaltigen regionalen Unterschiede stießen zudem alle einheitlich-systematisierenden Erklärungsansätze schnell an ihre Grenzen. Die Krisensymptome sind aber auch in Deutschland unverkennbar: Um 1600 – so Heinz Schilling – war der im ganzen optimistische Zug des 16. Jahrhunderts verfliegen. Die disziplinierenden Kräfte bedrückten die Menschen und machten ihnen Angst: „Konkurrenzdruck und Zusammenbrüche einst berühmter Handelshäuser, Ernährungsnöte selbst bei der Mittelschicht, Pauperismus, Vagabondage, Elend, Hunger und Krankheit bei den Unterschichten und dem wachsenden Heer der Bettler und Vagabunden. Vor allem aber wirkten beängstigend und lähmend die fanatische Feindseligkeit, die nervöse Unversöhnlichkeit, die unerbittliche Konfrontation der Konfessionen und konfessionell gesteuerter Blöcke im neuen Europa der Mächte ...“

Es ist daher vorgeschlagen worden, die angeblich zu sehr auf Deutschland bezogene Kategorie „Dreißigjähriger Krieg“ durch offenere Benennungen wie „Epoche europäischer Kriege und Krisen“ oder „allgemeine Krise des 17. Jahrhunderts“ zu ersetzen. Doch was wäre gewonnen? Im folgenden soll am rein formalen, gerade deswegen aber so einprägsamen Raster „Dreißigjähriger Krieg“ festgehalten werden, weil

- es sich um eine zeitgenössische Kategorie handelt,
- er noch heute etwas vom Schrecken und Entsetzen der Zeitgenossen zu transportieren vermag,
- sich das politische und militärische Geschehen zwischen 1618 und 1648 im wesentlichen in Deutschland verknüpfte,

- sich die Kämpfe an der politischen und konfessionellen Gestalt des Reiches stets von neuem entzündeten und
- er sich als eine tiefe Zäsur in das Bewußtsein des deutschen Volkes eingegraben hat.

Die Betonung der deutschen Perspektive darf jedoch nicht dazu führen, die soziokulturellen Begleitumstände und die europäischen Dimensionen des Geschehens zu ignorieren. Allerdings erscheinen auch die jüngsten Versuche, den Dreißigjährigen Krieg und den Westfälischen Frieden radikal zu europäisieren, höchst problematisch, denn in England, Italien oder in vielen anderen europäischen Ländern sind diese Ereignisse im historisch-kulturellen Gedächtnis nicht präsent. Eine gemeinsame europäische Erinnerung, die nationalgeschichtlich gedachte Vergangenheiten integriert, gibt es zumindest noch nicht, und sie läßt sich wohl auch nicht ad hoc konstruieren. Der niederländische Freiheitskampf hat als achtzigjähriger Krieg ebenso seinen eigenen Zäsurcharakter wie der erst 1659 beendete französisch-spanische oder die schwedisch-polnischen Kriege dieser Epoche. Statt das auf Deutschland bezogene und von der zeitgenössischen Terminologie entsprechend gedeutete Geschehen („teutscher Krieg“ – „teutscher Frieden“) umstandslos als europäisch zu deklarieren, sollten zunächst die nationalen Dimensionen in neuen großräumigeren Kontexten gesehen werden. Erst die historische Selbstvergewisserung über die disparate und alles andere als einheitliche, gleichwohl aber gemeinsam erfahrene und als deutsche wahrgenommene Geschichte ermöglicht deren feste Verankerung in einem künftigen historischen Gedächtnis Europas.

II. Fluchtpunkt Krieg? Deutschland im konfessionellen Zeitalter

Begreift man die Zeit nach dem Augsburger Religionsfrieden, das konfessionelle Zeitalter in Deutschland, nur als Vorgeschichte des großen Krieges, entsteht eine fragwürdige Zielgerichtetheit: Zur gleichen Zeit, als die scheinbar fortschrittlichen Staaten Westeuropas in langwierige Religions- und Bürgerkriege verstrickt waren, hatte das Reich den Konfessionsstreit politisch neutralisiert. Die deutsche Geschichte muß daher von der Zwangsläufigkeit des Kriegsausbruchs 1618 befreit und statt dessen die auf den friedlichen Ausgleich zielende Reichsverfassung in ihrer relativen Modernität stärker gewürdigt werden.

Im Zuge der frühneuzeitlichen Staatsbildungsprozesse hatte die jeweilige Herrschaft vielfältige und neuartige Disziplinierungs-, Integrations- und Identitätsprobleme zu lösen und mußte zugleich auf knapper werdende Ressourcen (Bevölkerungsanstieg, Wirtschaftskrise), staatliche oder ständische Differenzierungsprozesse und sich verhärtende religiöse Fronten (Konfessionalisierung) reagieren. Diese Anpassungskonflikte sind in Deutschland keineswegs schlechter bewältigt worden als in den westeuropäischen (National-)Staaten. Das vergleichsweise erfolgreiche Krisenmanagement stieß hier erst an seine Grenzen, als sich die evangelischen Stände völlig in die Defensive gedrängt sahen und ein Teil von ihnen alle Hoffnung in einen „Befreiungsschlag“ setzte.

1. „Kleine Eiszeit“, Wirtschaftskrise und soziale Konflikte

Ein in Europa um 1570 einsetzender Klimaumschwung, die „kleine Eiszeit“, führte zu geringeren Erntemengen, zu Hunger- und schließlich zu allgemeinen Wirtschaftskrisen. Auch morgen noch genügend Nahrung zu finden, wurde zur größten Sorge vieler Menschen, zumal sich der Bevölkerungsanstieg noch bis um 1620 fortsetzte. Immer mehr Menschen (für Deutschland um 1620 schätzt man zwischen 15 und 18 Millionen) mußten

von einer Landwirtschaft ernährt werden, die ihre Erträge nur extensiv, über die Nutzung von Randertragszonen (Gebirge, Sümpfe etc.), steigern konnte. Gerade dort lohnte sich bei ungünstiger Witterung der Anbau jedoch nicht mehr.

Die hohen Getreidepreise zwangen die städtischen Handwerker, einen immer größeren Anteil ihrer Einkünfte für Nahrungsmittel aufzuwenden. Auch Klein- und Mittelbauern profitierten nicht von den steigenden Erzeugerpreisen. Sie lebten am Rande des Existenzminimums, und jede Mißernte gefährdete ihre Subsistenzgrundlage. Die Mehrheit der Bevölkerung benötigte alle Mittel zur Nahrungsbeschaffung – Gewerbeprodukte wurden kaum noch gekauft. Einkommensverluste und Arbeitslosigkeit in den Massenhandwerken (Schuster, Schneider, Maurer etc.), aber auch bei Tagelöhnern, Knechten und Mägden waren die Folge. In Deutschland verschärfte die Verlagerung der Handelswege vom Mittelmeer zum Atlantik und die hohen Türkensteuern die Krise zusätzlich.

Während der größere Teil der Gesellschaft tendenziell verarmte, zeitweise sogar hungerte, machten Grundherren, Großbauern, Händler, aber auch Müller, Bäcker und Metzger glänzende Geschäfte. Die Schere zwischen „reich“ und „arm“, zwischen „oben“ und „unten“ öffnete sich weiter. Wilhelm Abel hat nachgewiesen, daß Fleisch und Butter vom Tisch des „gemeinen Mannes“ fast verschwanden, selbst Brot, Grütze und Grobgemüse häufig durch minderwertigere Produkte bis hin zu gekochtem Gras ersetzt werden mußten. Für die selbst hungernden Bauern war es doppelt bitter, wenn sie mitansehen mußten, wie das von ihnen erzeugte, über ihre Abgaben an die Herrschaft gelangte Getreide mit höchsten Profiten vermarktet wurde. Der arme Mann in Stadt und Land erlebte eine dramatische Einbuße an Lebensqualität: Um 1600 gehörten Hunger oder zumindest die Angst davor zu seinen alltäglichen Erfahrungen.

Während des Krieges änderte sich daran wenig. Erst die Überlebenden und die beiden folgenden Generationen fanden wieder günstigere Lebensbedingungen vor. Der französische Historiker Le Roy Ladurie hat 1966 aus der Theorie, die Erde

könne nur eine bestimmte Anzahl von Menschen ernähren (Malthus), für Alteuropa abgeleitet, daß Hungerkrisen unvermeidbar waren, wenn nicht Epidemien, Kriege oder Naturkatastrophen regulierend eingriffen. Weil die europäische Bevölkerung im 17. Jahrhundert an ihre Subsistenzgrenze gestoßen sei, habe es so viele Unruhen und Kriege gegeben. Der Dreißigjährige Krieg hätte damit für Deutschland die gleiche Funktion gehabt wie der Bürgerkrieg in England oder die Religionskriege und die großen Volksaufstände in Frankreich: die Anpassung der Bevölkerungsgröße an den Nahrungsspielraum.

Diese zynische und so sicherlich auch fragwürdige These würde immerhin erklären, warum in Deutschland die massenhaften gewalttätigen Volksaufstände fehlen, obwohl Angst, Neid und Haß an die Stelle optimistischer Zukunftserwartungen getreten waren und zu immer neuen Spannungen führten. Spontan und gewaltsam entluden sie sich aber nur in den sog. Kipper- und Wipperunruhen.

Die Bevölkerung reagierte damit an manchen Orten auf die durch massive Münzmanipulationen („kippen und wippen“) hervorgerufene galoppierende Inflation. Hatte diese die Wirtschaft zunächst stimuliert und manche Kriegsanleihe finanzieren helfen, änderte sich die Situation 1621/22 grundlegend: Erzeuger und Händler verweigerten die Annahme der wertlosen kleinen „bösen“ Münzen und banden die Preise an Nahrungsäquivalente. Es gab genügend Lebensmittel, doch die meisten Menschen konnten die hohen Preise nicht bezahlen. Dies widersprach ihren Vorstellungen von einer „sittlichen Ökonomie“ (E.P. Thompson), wo jede Ware und jede Leistung an einen gerechten Preis gebunden war und in der niemandem aus übertriebenem Profitstreben das Recht auf Leben, also auf Brot, verweigert werden durfte.

Auch die fürsorglich-paternalistisch regierenden Obrigkeiten fühlten sich diesem Sozialpakt „sittliche Ökonomie“ verpflichtet. In Krisenzeiten versuchten sie, mit Ausfuhrverboten, Preis- und Marktkontrollen die Versorgung sicherzustellen. Diese lokal oder regional orientierte Versorgungspolitik funktionierte in den kleinräumigen Herrschaftsgebieten des Reichs vor allem

deswegen, weil keine Metropolen wie Paris oder London vorrangig versorgt werden mußten, denn mit Unruhen dort war sofort die Gefahr eines politischen Umsturzes verbunden.

1621/22 machten auch in Deutschland aufgebrachte Menschenmengen nicht nur Händler, Münzmeister und Geldwechsler, sondern auch „untätige“ Obrigkeiten für die Not verantwortlich. In Magdeburg wurden Ende Februar die Häuser von 16 Münzbetrügern zerstört. Bei den Tumulten sollen nicht weniger als 200 Menschen umgekommen sein. Ähnliche, jedoch weit glimpflicher verlaufene Unruhen sind aus Spandau, Halle, Halberstadt, Eisleben, Bayreuth, Augsburg, Biberach, Speyer und Lich überliefert. Die Revoltierenden reklamierten das Recht auf Selbsthilfe und wollten durch die Bestrafung der „Schuldigen“ die „gerechte Ordnung“ wieder in Kraft setzen. In einem ordnungspolitischen Kraftakt sondergleichen gelang es den reichsständischen Regierungen 1623/24, also mitten im Krieg, die Währung zu sanieren – ein Indiz dafür, daß das Reichssystem auch in Krisenzeiten funktionieren konnte.